

# Vier Bebauungspläne beschlossen

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. April im Falkensteiner Bürgerhaus wurden gleich vier wichtige Bebauungspläne beschlossen. Im Mittelpunkt standen die Veränderungen in Schneidhain. Zudem wurde über den Neubau des Kindergartens an der Eppsteiner Straße entschieden.

Zu Beginn der Sitzung wählte die Stadtverordnetenversammlung die Stadtverordneten Thomas Boller (CDU) als Stimmführer und Andreas Colloseus (ALK) als Vertreter der Stadt Königstein in die Verbandsversammlung des „Verkehrsverbands Hochtaunus“. Zu Ersatzvertretern wurden Martin Orlopp (CDU) und Hannelore Brill (ALK) bestimmt. Die Neuwahl war erforderlich geworden, da die bisherige Stimmführerin Yvonne Freifrau von Hodenberg ihr Mandat im Stadtparlament niedergelegt hat.

Mit 23 gegen elf Stimmen beschlossen die Stadtverordneten die Schneidhainer Bebauungspläne S 12 und S 13 als Satzung. Demnach soll das derzeitige Spiel- und Sportplatzgelände mit Wohnhäusern „für die Zielgruppe junge Familien“ bebaut und an der B 455 ein Einkaufsmarkt errichtet werden. Vor der Umsetzung dieses Vorhabens soll der Sportplatz auf einem Gelände südlich der B 455 in Nachbarschaft eines Firmengeländes samt Vereinsheim neu errichtet werden. Mit 23 gegen zwölf Stimmen wurde zusätzlich beschlossen, mit dem Investor Ten Brinke weiter über den Verkauf des Sportplatzareals zu verhandeln. Nach Abzug der Kosten u.a. für die Verlegung des Sportplatzes, des Spielplatzes und der Rollschuhbahn soll die Stadt Königstein voraussichtlich „einen Überschuss zwischen 1,65 Millionen und 2,4 Millionen Euro“ erhalten.

Ebenfalls umstritten war der Bebauungsplan K 58 für das Gebiet „Am Kaltenborn III“, der eine Mehrheit von 21 zu 13 fand. Jetzt sollen die Öffentlichkeit und die Träger öffentlicher Belange beteiligt werden. Auf Antrag der FDP wurde mit 29 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen entschieden, den Bau eines Gehweges auf der Nordseite des Baugebietes an der Straße nach Mammolshain einzuplanen. Erfolgreich war auch die SPD mit ihrem Antrag, eine Fläche von 3.000 Quadratmetern für ein mehrgeschossiges Gebäude einzuplanen, das für soziale Zwecke wie senioren-gerechte Wohnungen sowie Wohnungen für Bezieher niedriger Einkommen dienen soll. Hierfür stimmten 29 Parlamentarier, während 2 dagegen stimmten und 3 sich enthielten. Keine Mehrheit erhielt dagegen mit 13 zu 21 Stimmen der Vorschlag der Grünen, aus Gründen des Umweltschutzes vier Baufenster aus der Planung herauszunehmen. Ebenfalls abgelehnt wurde der ALK-Antrag, die Planungen zurückzustellen und die Ergebnisse einer Bürgerversammlung abzuwarten. Hierfür stimmten 13 Stadtverordnete, während 20 sich dagegen aussprachen und einer sich enthielt.

Die Änderung des Bebauungsplanes M9 für den Opel-Zoo fand eine Mehrheit von 20 zu 15. Nach einem erfolgreichen Antrag der CDU im Bauausschuss wird aus dem Plan das in der Nähe der provisorischen Baustraße eingezeichnete „P“ gestrichen. Nach einem weiteren Beschluss der Ausschusses wird aufgrund eines ALK-Antrags der Königsteiner Magistrat gebeten, gemeinsam mit der Stadt Kronberg und dem Opel-Zoo ein Verkehrskonzept zu erstellen. Den Antrag der ALK, die Beschlussfassung über den Bebauungsplan zurückzustellen und zunächst die Bürger zu beteiligen, wurde mit 14 gegen 20 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Auch die ALK-Forderung, eine praktikable Lösung für die weitere kostenfreie Nutzung des Philosophenwegs zu suchen, fand an diesem Abend mit 14 gegen 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen

keine Mehrheit. Der ALK-Antrag, die Fläche des Bebauungsplanes nicht zu erweitern und auf die Anlage des Kapuzinerpfades an anderer Stelle zu verzichten, scheiterte mit 13 gegen 22 Stimmen.

Beim Thema Kindergarten Eppsteiner Straße waren sich zwar alle einig, dass ein Neubau erforderlich ist, die Meinungen gingen jedoch darüber auseinander, wo der beste Standort und welches das bessere Gesamtkonzept ist. Schließlich fand der gemeinsame Antrag von CDU, FDP und SPD mit 24 zu elf Stimmen eine deutliche Mehrheit. Nach diesem Konzept soll am bisherigen Standort ein neuer Kindergarten für drei Kindergartengruppen und drei U3-Gruppen errichtet werden. Auf Antrag der ALK war der ursprüngliche Passus „bis zu drei U3-Gruppen“ einstimmig geändert worden auf die Festlegung „drei U3-Gruppen“. Die erforderlichen Planungen sollen nach dem Wunsch des Stadtparlaments noch vor den Sommerferien in Auftrag gegeben werden. Während der Bauzeit sollen die derzeitigen Nutzer des Kindergartengebäudes in einem Modulgebäude auf dem ehemaligen Platz der Halle 7 an der Friedrich-Stoltze-Schule untergebracht werden. Der Hort soll nach dem Neubau nicht in die Eppsteiner Straße zurückkehren. Der Magistrat wurde mit der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten für die Hortkinder in der Innenstadt beauftragt, die so lange genutzt werden sollen, bis im Rahmen der Ganztagschule angemessene Räume zur Verfügung stehen. Mit 23 gegen elf Stimmen bei einer Enthaltung lehnte das Stadtparlament den ALK-Vorschlag ab, auf dem städtischen Gelände am Forellenweg ein Kinderzentrum mit je drei Kindergarten- und U3-Gruppen, sowie fünf Hortgruppen zu errichten.

Außerdem beschlossen die Parlamentarier, den durch die Hubert-Faßbender-Anlage verlaufenden Reichenbach zu renaturieren. Mit 25 gegen sechs Stimmen bei vier Enthaltungen wurde von den beiden vorgelegten Vorschlägen die weniger aufwändige sowie kostengünstigere und ökologisch verträglichere Variante ausgewählt. Die geschätzten Kosten von 71.000 Euro werden zum größten Teil durch Fördergelder abgedeckt. Vom Landesamt für Denkmalpflege wurden keine Bedenken gegen die Maßnahme erhoben.

Einstimmig unterstützten die Stadtverordneten den CDU-Vorschlag, die gültigen Bebauungspläne der Stadt Königstein auf der städtischen Homepage zu veröffentlichen. Auch ein ALK-Antrag zum Bebauungsplan K 72 „KTC“ fand die einhellige Unterstützung des Stadtparlaments. So soll bei der Erarbeitung des Entwurfs für den Bebauungsplan vom heutigen Bestand des KTC ausgegangen und eine Ausweitung der Gebäude in den Park ausgeschlossen werden. Zudem sollen die Kubatur der Gebäude sowie Geschossigkeit und Gebäudehöhen nicht ausgeweitet werden.

Zur Kenntnis nahm das Stadtparlament den Verkauf eines 59 Quadratmeter großen Grundstücks in Mammolshain sowie eines 658 Quadratmeter großen Grundstücks im Rombergweg. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung folgte das Stadtparlament einstimmig, bzw. mit großer Mehrheit den Vorschlägen des Magistrats zu nachträglichen Honorarforderungen im Zusammenhang mit den Kostensteigerungen beim Haus der Begegnung. Der Punkt „Verkauf des Schweizer Hauses“ war zu Beginn der Sitzung von Bürgermeister Leonhard Helm von der Tagesordnung zurückgezogen worden.

Die nächste Stadtverordnetenversammlung ist für den 23. Mai im Haus der Begegnung geplant.

**Robert Rohr**  
Stadtverordnetenvorsteher